



Offener Brief an die Partei „AfD“ in Sachsen-Anhalt und im Bund

Sehr geehrte Damen und Herren der AfD,

Sie wollen eine Beschwerdeplattform zur Meldung AfD-kritischer LehrerInnen einrichten. Mein Lehrstuhl ist an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg u. a. auch an der Ausbildung von SozialkundefhrerInnen im Fach Politikwissenschaft bzw. dem Bereich „Internationale Beziehungen und europäische Politik“ beteiligt, und in diesem Sinne nehme ich Ihnen diese Arbeit gerne ab und gestehe, dass sich mein Lehrstuhl in seinen akademischen Lehrveranstaltungen und sonstigen Formaten wie folgt positioniert:

- 1) **Wir gestehen**, dass wir für Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit geworben haben, dass wir aber sprachliche/inhaltliche Tabubrüche von Seiten Ihrer Partei als solche thematisiert haben, weil rassistische und diskriminierende Aussagen als solche in unserem Land benannt werden müssen.
- 2) **Wir gestehen**, dass wir die Beschneidung von staatlicher Souveränität durch internationale Zusammenarbeit sowie deutsche Verantwortung in der internationalen Politik umfassend diskutieren und das komplexe Thema der Migration nicht als Erklärung für alle Probleme in Deutschland gelten lassen.
- 3) **Wir gestehen**, dass wir uns kontinuierlich auf das Grundgesetz berufen und die Diskriminierung von Menschen aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, politischer oder religiöser Überzeugung nicht erlaubt haben.
- 4) **Wir gestehen**, dass wir aktiv Produkte der von Ihnen bekämpften Medien eingesetzt und hinsichtlich ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit untersucht haben. Offensichtliche Lügen, wissenschaftliche Halbwahrheiten und allgemeine Ungenauigkeiten analysieren und interpretieren wir intensiv.
- 5) **Wir gestehen**, dass wir die Zeit des Nationalsozialismus nicht als kleinen „Vogelschiss“ behandelt haben, sondern als das, was sie war: Ein verbrecherischer, undemokratischer und zutiefst menschenrechtsverletzender Teil der deutschen Geschichte, der die deutsche Politik dauerhaft prägen sollte und aus dem Verantwortung erwächst.

Prof. Dr. Johannes Varwick, 23.11.2018